

Pressemitteilung der BIKEG e.V. vom 24.1.2021

Die BIKEG fordert von der Umweltdezernentin die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen zu den Gesetzesverstößen auf der Deponie Grauer Wall

Die letzte Deponiebeiratssitzung fand am 12.11.2019 statt, der Gutachter der BIKEG durfte nach Jahren endlich sein Gutachten vorstellen. Konsequenzen aus den alarmierenden Sicherheitsbedenken zum Betrieb und Ausbau der Deponie lehnt jedoch der Magistrat erklärtermaßen ab. Nach mehr als einem Jahr sollte jetzt am 2.12.2020 die nächste Deponiebeiratssitzung endlich stattfinden. Doch während die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse mit entsprechenden Auflagen stattfinden, hat man die Beiratssitzung nun mit dem Argument „Corona“ abgesagt.

Die Umweltdezernentin Dr. Gatti schreibt:

"Leider hat sich die Covid 19 Pandemie zwischenzeitlich derart verändert, dass ich es insbesondere aus Rücksicht auf die Beiratsmitglieder sowie die Moderatorin und die Gutachter, die jeweils von außerhalb anreisen und teilweise auch in Bremerhaven übernachten müssen, aus Gründen des Infektionsschutzes nicht verantworten kann, die Beiratssitzung stattfinden zu lassen. "

Die BIKEG kritisiert, dass die Umweltdezernentin seit Ihrem Amtsantritt im letzten Jahr das Angebot der BIKEG, sie über die Gefahren der Deponie zu informieren, ausschlägt. Anstatt jetzt eine Sitzung im kleineren Rahmen ohne die auswärtigen Teilnehmer abzuhalten, wird die Sitzung komplett abgesagt. Seit vier Jahren werden die Fragen der BIKEG zu Gesetzesverstößen auf der Deponie von der Tagesordnung gestrichen. So wird Zeit für den Betreiber geschunden, jeden Tag weitere Tonnen Giftmüll neben dem Gesundheitspark abzuladen, wobei sich die Gefahren für das Grundwasser immer weiter erhöhen und die Menschen weiter unter dem Bleistaub leiden.

"Wir fordern, dass der Deponiebeirat bis zur nächsten Sitzung in digitaler Form arbeitet. Es muss endlich ein Mailverteiler für alle Mitglieder eingerichtet werden, was das Umweltschutzamt und der bisherige Beiratsvorsitzende bisher strikt vermieden haben. Alle Fragen, Behördenakten und Informationen müssen den Beiratsmitgliedern in Zukunft zugänglich gemacht werden. Wir werden jetzt zum wiederholten Mal einen Fragenkatalog schriftlich einreichen, obwohl wir befürchten, dass auch dieses Mal alle heiklen Punkte unter den Teppich gekehrt werden."